Sozialdemokratie und Zentrum

Eine Rede Bebels in Bamberg.

Mit einem Anhang zur Wahlagitation:

Die Sünden des Zentrums

Berlin 1903

Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts (Th. Glocke) in Berlin.

Vorbemerkung.

Auf dem Mannheimer Katholikentage (Sommer 1902) sah sich der Abgeordnete Domkapitular Dr. Schädler in Bamberg veranlaßt, gegen die Sozialdemokratie und namentlich gegen Bebel und Vollmar, schwere Vorwürfe zu erheben. Die Bamberger Sozialdemokraten glaubten Herrn Dr. Schädler Gelegenheit geben zu müssen, seine Vorwürfe in Gegenwart der Angegriffenen zu wiederholen, und veranstalteten eine Volksversammlung in den Centralsälen in Bamberg, zu der als Referent der Abgeordnete Bebel erschienen war. Herr Schädler wurde hierzu eingeladen, er zog es aber vor, unter leeren Ausreden abzulehnen. Die Versammlung fand am 24. September v. J. unter dem Vorsitz des Abgeordneten Segitz statt und war riesig besucht. Segitz besprach kurz die Vorgänge, die zur Einberufung der Versammlung geführt hatten, und charakterisierte das Verhalten Schädlers, worauf er dem Referenten Bebel das Wort erteilte.

Bebel's Rede in Bamberg.

*

Mein Freund Segitz hat Ihnen schon auseinandergesetzt, was eigentlich die Veranlassung dazu war, daß ich hier vor Ihnen erschienen bin. Ich mache kein Hehl daraus, es wäre zweifelhaft gewesen, ob ich der Einladung, in Bamberg zu sprechen, gefolgt wäre, wenn nicht mittlerweile Dr. Schädler seine bekannte Rede in Mannheim gehalten hätte; ich glaubte deshalb, ihm sozusagen in seiner eigenen Residenz (Heiterkeit) die Antwort auf seine Rede geben zu sollen. Meine Freunde hier in Bamberg haben, ohne daß ich hiervon Kenntnis hatte — ich lege Wert darauf, dies festzustellen — Herrn Dr. Schädler zur Versammlung eingeladen, er hat aber abgelehnt zu kommen. Ich begreife das; ich habe gar nicht erwartet, daß er erscheinen würde, und wenn man mich zuvor um meine Meinung befragt hätte, würde ich erwidert haben: Laßt das nur sein, es ist doch vergebliche Mühe. Der alte Erfahrungssatz, daß man die Sozialdemokratie zwar anzugreifen beliebt, sich aber scheut, dem Gegner Auge in Auge gegenüber zu treten, bestätigt sich auch hier. Die gegnerischen Parteien haben die Staatsgewalten, die Kirche, die Schule und die ungeheure Mehrheit der Zeitungsorgane auf ihrer Seite, und diese alle bemühen sich, die Sozialdemokratie in einem Lichte darzustellen, wie es ihren Zwecken dienlich ist und hiernach müssen sich die Uneingeweihten ein Bild von der Sozialdemokratie machen. Dieses Lügenhandwerk ist schon vom ersten Tage an, als die Partei sich bildete, vom ersten Auftreten Ferdinand Lassalles an, bis heute systematisch betrieben worden. Anfangs fanden diese Angriffe ein starkes Echo, und ich selbst gehörte einstmals zu denjenigen, die ihnen ein williges Ohr liehen und die Sozialdemokratie bekämpften. Aber mir ist es schon längst gegangen, wie seitdem Hunderttausenden: Ich bin aus einem Saulus zum Paulus geworden. Und als Paulus der Sozialdemokratie stehe ich heute vor Ihnen. Die Sozialdemokratie an sich hat bei diesem Verleumdungsfeldzug nicht gelitten, wenn auch ihre Anhänger die schwersten Verfolgungen zu erdulden hatten, die öfter des einzelnen Existenz, Gesundheit und manchmal auch sein Leben vernichteten, aber den Siegeslauf der Partei konnten sie nicht hemmen. Wie einst das Christentum bei seinem Entstehen in seinen Anhängern verleumdet und von der Staatsgewalt und den herrschenden Klassen der damaligen Zeit auf das Furchtbarste bekämpft wurde, so sind auch die Staatsgewalt und die herrschenden Klassen unserer Tage der Sozialdemokratie mit allen Mitteln entgegengetreten. Aber auch hier vergeblich. Wie alle Verfolgungen des römischen Staats das Christentum nur stärkten, bis es schließlich die siegende Macht wurde, so ergeht es auch der Sozialdemokratie unserer Tage. *Aus den Verfolgten werden einst die Sieger.* (Lebhafter Beifall). Man begnügte sich nicht blos damit, auf Grund der bestehenden Gesetze gegen uns vorzugehen, sondern glaubte zu Ausnahme-Maßregeln greifen zu müssen, um die „Hochverräter“ auszurotten. Wurde nicht auch Christus wegen Hochverrats gekreuzigt — nicht wegen seiner religiösen Anschauungen, sondern weil man ihm politische Bestrebungen unterschob, weil er angeblich sich zum König der Juden machen wollte? Heute schlägt man niemanden mehr ans Kreuz, es werden auch keine „Ketzer“ mehr durch

Verbrennen unschädlich gemacht — wie gerne es auch gewisse Leute tun möchten — sondern man schickt diejenigen, welche die sozialdemokratischen Lehren verkünden, auf die Festung und in die Gefängnisse. Gebessert hat man uns aber dadurch auch nicht; das Endresultat aller Bemühungen, uns zu „vernichten", war, daß aus der kleinen, verachteten und beschimpften Partei allmählich die stärkste Partei geworden ist, die selbst diejenige in den Schatten stellt, die früher als die stärkste galt: das Centrum. Die Ziffern der letzten Reichstagswahlen sind Beleg dafür. Während die Centrumspartei es in Deutschland insgesamt auf etwas über 1 400 000 Stimmen brachte, vereinigte die Sozialdemokratie 2 107 000 Stimmen auf ihre Kandidaten. Bei den nächsten Wahlen dürfte das Centrum in der Hauptsache seine Stimmenzahl behaupten, die Sozialdemokratie aber wird einen gewaltigen Zuwachs zu verzeichnen haben. Die bisherige Erfahrung hat bewiesen, daß alles Bekämpfen, Lügen, Verleumden und Verfolgen einer Partei nichts schadet, wenn die Bestrebungen dieser Partei den Interessen, Wünschen und Hoffnungen, einer großen Bevölkerungsschicht, wie es die Arbeiterklasse ist, entsprechen und in der Natur der Zustände ihre Berechtigung haben. Unter solchen Umständen Verfolgungen verhängen, heißt den Verfolgten nur um so rascher zum Siege verhelfen. Das hat schlagend das Sozialistengesetz gezeigt. Wohl hatten wir im Jahre 1881 bei den ersten allgemeinen Reichstagswahlen einen Rückgang der Stimmen gegen das Jahr 1878 und zwar in Folge der harten Schläge, die das Ausnahme-Gesetz anfangs uns zugefügt. Aber die Partei erholte sich von diesen Schlägen wieder rasch. Vereinigten sich 1881 auf ihre Kandidaten rund 312 000 Stimmen, so 1884: 550 000, 1887: 763 000 und 1890: 1 427 000 Stimmen. Solchen Erfolgen gegenüber war das Sozialistengesetz unmöglich geworden. Es fiel.

Wir sind nicht so leichtgläubig, anzunehmen, daß diese gewaltige Entwickelung unserer Partei nur unserer persönlichen Tätigkeit zuzuschreiben ist, wenn wir auch leisten, was unsere physischen und geistigen Kräfte uns zu leisten gestatten. Aber unsere Tätigkeit würde nicht diesen Erfolg gehabt haben, wenn nicht die Natur der Verhältnisse uns in die Hände arbeitete. Auch das Christentum hätte in dem verfaulenden römischen Weltreiche nicht Wurzel fassen können, wenn in den traurigen Zuständen, in denen die Masse damals lebte, der Boden dazu nicht vorhanden gewesen wäre. Was damals die unterdrückten Völker in Rom waren, daß ist heute das Proletariat, die moderne Arbeiterklasse in der bürgerlichen Gesellschaft, diejenige Klasse, die keine Aussicht hat, aus dem Elend der heutigen Zustände herauszukommen, die ihr lebenlang dazu verurteilt ist, zu schaffen und zu schuften, um nur das nackte Leben zu fristen, während einem kleinen Teil Bevorrechteter alle Lebensgenüsse im Ueberfluß zu Teil werden. Diese herrschende Klasse ist bemüht die Masse der Entrechteten in Unwissenheit über unsere Zustände zu erhalten, weil sie sich mit Recht sagt, daß man nur mit einem unwissenden, künstlich in der Zufriedenheit erhaltenen Proletariat diese Zustände noch aufrecht erhalten kann. Weil aber die Sozialdemokratie bestrebt ist, das Proletariat über seine Klassenlage aufzuklären und ihm den Weg zu einer höheren Gesellschaftsordnung zu zeigen, in der alle Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende nimmt, daher der Haß und die Verfolgung, daher die Anstrengungen, der Sozialdemokratie die Arbeit nach Möglichkeit zu erschweren.

* * *

Was rief die Sozialdemokratie ins Leben?

Was ist es aber, was die Sozialdemokratie unserer Tage ins Leben rief und sie zu steigendem Wachstum bringt? Es ist kurz gesagt: die kapitalistische Erzeugungsweise, die heute die Gesellschaft beherrscht und Klassengegensätze

hervorrief, wie sie kein früheres Zeitalter kannte. Es ist der mit Hülfe des Kapitals hervorgerufene Großbetrieb, der Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehr immer mehr beherrscht, der dem Mittel- und dem Kleinbetrieb das Leben immer schwerer macht, dieselben immer mehr verdrängt und den kapitalistischen Großbetrieb zum herrschenden Faktor in der Gesellschaft macht. Diese kapitalistische Entwickelung erzeugte eine vollständige Revolution in der Zusammensetzung und in den Lebensbedingungen der Gesellschaft und ruft jene Unruhe und Gährung in allen Schichten hervor, durch die sich unser Zeitalter auszeichnet. Ein besonderes Charakteristikum dieser Entwickelung ist, daß die von der Landwirtschaft lebende Bevölkerung im Vergleich zu den andern Schichten der Gesellschaft immer mehr abnimmt, wohingegen die Zahl derjenigen, die nichts als ihre Arbeitskraft zur Verfügung haben um davon zu leben, die moderne Arbeiterklasse, das Proletariat einen immer größeren Teil der Gesellschaft bildet.

Einige wenige Zahlen mögen das beweisen. Die Gewerbezählungen vom Jahre 1882 und 1895 ergaben folgendes Resultat: Nach der Gewerbezählung von 1882 lebten von der Landwirtschaft als Hauptberufe rund $19^1/_4$ Millionen Menschen, 1895 aber nur noch $18^1/_2$ Millionen, obgleich in diesem Zeitraum von 14 Jahren die Einwohnerzahl Deutschlands um $6^1/_2$ Millionen Köpfe gewachsen war (Bewegung). Umgekehrt war es in der Industrie. Von dieser ernährten sich 1882 im ganzen 16 Millionen, aber 1895 volle 20 Millionen Köpfe. Vom Handel und Verkehr lebten 1882 rund $4^1/_2$ Millionen Menschen, aber 1895 rund 6 Millionen. Wir wachsen jetzt jährlich in Deutschland um rund $^3/_4$ Millionen Köpfe, diese neuen Menschen suchen aber nicht in der Landwirtschaft, sondern hauptsächlich in der Industrie und im Handel und Verkehr ihr Brot.

Daß aber in der Industrie die Betriebe sich immer mehr konzentrieren und ihre Zahl abnimmt, wohingegen die Zahl der beschäftigten Arbeiter zunimmt, zeigen folgende Zahlen: 1882 wurden 2 270 339 industrielle Betriebe (einschließlich Handwerk) gezählt, 1895 nur 2 146 972 oder weniger 123 267 Betriebe = 5,4 pCt. Dabei war die Bevölkerung in diesem Zeitraum um $14^1/_2$ pCt. gewachsen. In diesen Betrieben beschäftigte Arbeiter wurden gezählt 1882: 3 849 550, aber 1895: 5 510 500 Köpfe oder mehr 1 660 950 = 43 pCt. (Bewegung). Der Ausfall an Unternehmern traf ausschließlich die handwerksmäßigen Betriebe, wohingegen die Mittel- und namentlich die Großbetriebe sich stark vermehrt und vergrößert hatten.

Aber diese kapitalistische Wirtschaftsweise drängt beständig über sich selbst hinaus, sie schafft mehr Waren als gekauft werden können — denn die Fähigkeit zu verbrauchen hängt in der bürgerlichen Welt nicht von dem Bedürfnis, sondern von der Möglichkeit zu kaufen ab. So entsteht die Ueberproduktion, die Ueber-erzeugung. Der Markt ist mit Waren überfüllt, der Absatz stockt; es treten Massenentlassungen von Arbeitern ein, während den arbeitenden die Löhne gekürzt werden, was weitere Einschränkung des Verbrauchs zur Folge hat. Die Krise wird immer schlimmer. Das ist der Zustand, in dem wir uns gegenwärtig (September 1902) befinden, der Not und Elend in weite Kreise bringt und auch eine Menge widerstandsunfähiger Unternehmer vernichtet, indem er sie dem Bankerott in die Arme treibt.

Der Zustand, zu dem die Herrschaft des Kapitalismus geführt hat: daß, während eine Minderheit alle Segnungen der Kultur genießt, die große Masse sich bei schwerer Arbeit abrackern muß und nichts anderes als Elend erntet, kann unmöglich ein vernünftiger, ein „von Gott gewollter" Zustand sein. Mit dem Hinweis auf das Jenseits, den Diejenigen immer im Munde führen, die schon im diesseits ein angenehmes

Leben haben, ist dem notleidenden Volke nicht gedient. Es soll schon im Diesseits seinen Anteil an den Annehmlichkeiten des Lebens haben, die es durch seiner Hände Arbeit schaffen muß, denn es giebt hienieden Brot genug für alle Menschenkinder, und Rosen und Myrthen und Schönheit und Lust und Zuckererbsen nicht minder. Die Erde ist kein Jammerthal, sie brauchte es wenigstens für keinen unter uns zu sein. Es fällt uns nicht ein, jemanden seinen „Gott" aus dem Herzen reißen zu wollen; was jemand glaubt, ist seine Privatsache; wir wollen aber auch andererseits nicht die Religion in Staatsangelegenheiten gemischt und als Machtmittel benützt sehen zur Aufrechterhaltung der heutigen Gesellschaftsordnung, die das Resultat jahrhunderte langer Entwickelung, nicht das Werk einzelner ist. Es ist Blödsinn, wenn man Ihnen sagt, die Sozialdemokratie wolle die heutigen Zustände mit Gewalt ändern, sie will, so weit dieses von ihr abhängt, die friedliche Entwickelung. Ein ökonomischer Zustand läßt sich auch nicht gewaltsam ändern; eine Gesellschaftsordnung wechselt man nicht wie einen Anzug, sie muß werden, es müssen die Grundbedingungen für die neue Gesellschaft geschaffen werden, wie das bisher noch jede alte Gesellschaftsordnung für ihre Nachfolgerin getan hat und die kapitalistische Wirtschaftsordnung auch für die sozialistische tut. Unsere Aufgabe ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit dieser Umgestaltung in die Köpfe zu bringen. Kann eine Partei, die eine Umgestaltung der Gesellschaft wünscht, notwendige Entwickelungsphasen nicht überspringen, so kann sie aber ihre Dauer abkürzen. Dazu gehört Einfluß und Macht und diese Macht gewinnen wir mit der wachsenden Zahl unserer Anhänger. Das kolossale Wachstum der Sozialdemokratie beruht aber darauf, daß die Zahl derjenigen, die an dem Bestande der jetzigen Gesellschaftsordnung kein Interesse mehr haben, immer gewaltiger anschwillt. Das Centrum predigt zwar fortgesetzt, so, wie heute, sei es immer gewesen, und es sei Unsinn, etwas anderes zu wollen. Das ist aber falsch, so wie heute war es noch niemals und wird es niemals wieder werden. Jedes Zeitalter, jeder Tag unterscheidet sich von dem andern. Und wie ein Mensch, der starb, nie wiederkehrt, so auch kein Zustand, der vergangen ist. Die Entwickelung schreitet unaufhaltsam fort und unausgesetzt verändern sich die ökonomischen Situationen. Man lügt auch, wenn man Ihnen sagt: es habe immer Reiche und Arme gegeben und so werde es ewig bleiben. Nichts ist ewig als der Wechsel. Im Anfang der gesellschaftlichen Entwickelung bestand allgemein ein Zustand der Gleichheit, allerdings auf niedrigster Kulturstufe. Im Laufe der Jahrtausende entwickelte sich aber eine Gesellschaftsordnung aus der andern, bis zu unserer gegenwärtigen und jede unterschied sich von der gegenwärtigen. So die feudale und kleinbürgerliche Gesellschaftsordnung vergangener Jahrhunderte von der jetzigen kapitalistischen. Wer diese letztere nur wenige Jahrzehnte beobachtete, weiß, welche gewaltige Umwälzungen sie in diesem kurzen Zeitraum geschaffen hat und täglich schafft sie neue.

* * *

Die Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Nun sucht man seitens der herrschenden Gewalten Alles aufzubieten, um die proletarische Bewegung, von deren Naturnotwendigkeit man überzeugt ist — Herr Dr. Schädler nicht ausgenommen — hintanzuhalten, und zwar auf die verschiedenste Weise: man verweigert der Masse Rechte und Freiheiten und sucht sie in Unwissenheit zu erhalten, damit sie von dem wahren Wesen des Staates und der Gesellschaft keine Kenntnis erlangt, denn dumme Untertanen

sind leichter zu regieren als kluge. (Heiterkeit.) Dazu muß in erster Linie die Schule herhalten, die heute nichts als eine große Staats-Dressuranstalt ist, dazu bestimmt, die Köpfe zu bearbeiten, damit sie nur Gedanken in sich aufnehmen, die Oben genehm sind. Weitere Mittel, um die Bewegung zu hemmen sind, daß man nach Möglichkeit die Preßfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Koalitionsfreiheit einschränkt und den Arbeitern das Wahlrecht in Staat und Kommune verweigert oder es ihnen wie in Sachsen wieder raubt, während die herrschenden Klassen alle Rechte und Freiheiten genießen. Man sagt sich: Wenn einmal die Masse zu denken anfängt, dann wehe uns, wie jener alte Römer sagte: Wehe uns, wenn einmal die Sklaven anfangen, sich und uns zu zählen! — —

Herr **Schädler** hat nun auf dem Mannheimer Katholikentag allerlei Ausführungen gemacht, die einer Klarstellung und Widerlegung bedürfen. Er äußerte unter anderem: „Ein solch gewaltiger Arbeiter-Festzug sei noch nicht dagewesen, er bedaure nur, daß Vollmar und Bebel nicht anwesend seien, sie müßten einsehen, daß nicht alle Arbeiter zur roten Fahne halten, sondern daß noch viele Hunderttausende der Fahne des Kreuzes folgen." — Daß noch nicht alle Arbeiter der roten Fahne folgen, wissen auch wir, wir täuschen uns nicht über unsere Macht. Wenn unsere Partei 1898 über 2 Millionen Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigte, so ist das zwar eine sehr respektable Zahl. aber kaum der vierte Teil von den 10 Millionen deutschen Wählern. So weit sind wir allerdings noch nicht, daß uns alle Arbeiter folgen, aber so weit werden wir noch kommen. (Lebhafter Beifall.) Es war also eine etwas blöde Bemerkung, die Herr **Schädler** über die Gefolgschaft der roten Fahne machte. **Der Unterschied zwischen dem Centrum und der Sozialdemokratie ist, wir werden immer stärker und das Centrum schwächer.** (Beifall.)

„Ein solch gewaltiger Festzug war noch nicht da," meinte Herr Schädler. Das kann man zugeben, weil eben den Sozialdemokraten Arbeiterfestzüge verboten werden. Dem Centrum sind sie gestattet, weil es bei der Regierung lieb Kind ist. Wir können die Massen nur aufmarschieren lassen, wenn uns einmal ein geliebter Führer durch den Tod entrissen wird, und da müssen auch die Centrums-Festzüge verschwinden. Das konnten wir erst vor zwei Jahren bei der Bestattung unseres alten Vorkämpfers Liebknecht sehen, der durch ein imponierendes Massenaufgebot von aufgeklärten Arbeitern und Arbeiterinnen geehrt wurde wie noch kein Papst, kein Fürst, kein Kaiser. (Lebhafter Beifall.) Wenn Herr Schädler befriedigt konstatierte, daß noch Hunderttausende der „Fahne des Kreuzes" folgen, so lassen wir ihm das Vergnügen; wir regen uns nicht darüber auf. Wer der Fahne des Kreuzes folgen will, mag es tun, wir fragen niemanden in der Partei oder Gewerkschaft nach seiner Religion; die religiöse Anschauung hat mit der Partei garnichts zu tun, nur politisch oder gewerkschaftlich muß der Betreffende wollen, was wir wollen. **Aber wir sind überzeugt, auch unter den Centrumsarbeitern wird die Zahl derer immer größer, die uns folgen.** (Beifall.)

Herr Schädler hat ferner gemeint, nur die Kirche könne den Arbeitern helfen, und im Anschlusse daran fiel die berühmte Aeußerung von den „Kanonen und Steuerzetteln", die der Staat für den Arbeiter habe. Er hat hier Ausführungen gemacht, von denen er vielleicht jetzt wünscht, sie nicht gemacht zu haben. Gewiß, der moderne Staat hat sich lange gesträubt, für die Arbeiter etwas zu tun, **aber dabei hatte er die Unterstützung des Centrums und der liberalen Parteien.** Den Staat zuerst in dieser Beziehung angerufen zu haben, ist das Werk Ferdinand Lassalle's, und es hat Jahrzehnte langer Arbeit **seitens der Sozialdemokratie** bedurft, bis endlich der Staat und die bürgerlichen Parteien, das Centrum ein-

geschlossen, eingesehen haben, daß sie auch ein wenig für die Arbeiter einzutreten haben. **Daß dies geschehen, ist allein unserer Tätigkeit zu verdanken.** Das hat kein anderer als Bismarck zugestanden, indem er im Jahre 1884 im Reichstag erklärte: „**Wenn die Sozialdemokratie nicht wäre und wenn es nicht so viele gäbe, die sich vor ihr fürchteten, wir würden das bischen Sozialreform noch nicht haben.**" **Auch das Centrum ist erst durch die sozialistische Bewegung gezwungen worden sich für die staatliche Sozialreform zu erklären, von der es anfangs nichts wissen wollte.**

* * *

„Der Staat hat nur Kanonen und Steuerzettel".

„Der Staat hat nur Kanonen und Steuerzettel!" — Jawohl, das ist richtig; aber wer hilft ihm dazu? Doch nicht die Sozialdemokratie? Aber **in erster Linie die Centrumsleute, denn sie haben den Militär- und Flottenvorlagen mit großem Hallo zugestimmt.** Das **Centrum hat Jahr für Jahr dem Etat seine Zustimmung gegeben,** und es ist mit schuld daran, daß der Etat für Militär- und Marinezwecke, den Friedenspensionsfond und die Zinsen der Reichsschuld, soweit diese für Militär- und Flottenzwecke aufgenommen wurden, einbegriffen, **auf weit über 1000 Millionen Mark per Jahr angewachsen sind.** (Bewegung.) **Und diese Ausgaben schnellen mit jedem Jahre noch mehr in die Höhe.** Also die Partei, die angeblich das „Christentum" verteidigt, die die Partei des Friedens und der Brüderlichkeit sein will, **unterstützt die Staatsgewalt für Zwecke, die nicht auf den Frieden, sondern auf den Krieg, auf den Massenmord gerichtet sind!** Wem haben wir aber die kolossalen Flottenrüstungen zu verdanken? **In erster Linie dem Centrum,** das die Rolle des „blamierten Europäers" freiwillig übernommen und den Reichstag für Flottenvorlagen auf viele Jahre hinaus festgelegt hat. **Im Gegensatz zum Centrum ist es die Sozialdemokratie, die für den Frieden und die Völkerverbrüderung** eintritt, **also das tut, was die Prediger des Christentums seit mehr als 18 hundert Jahren vergeblich erstrebten, aber auch oft genug mit Füßen traten, indem sie für den Krieg und die Völkerentzweiung ihre Stimmen erhoben.** (Lebhafter Beifall.)

Für das Heer haben hauptsächlich die Arbeiter und die kleinen Leute die Kräfte zu stellen; sie müssen aber auch hauptsächlich die Kosten dafür aufbringen. Wer soll durch die Armee „geschützt" werden? Etwa Ihr Arbeiter, die Ihr nichts zu verlieren habt? Nein, die Reichen; sie bedürfen des Schutzes gegen den äußeren und wie sie meinen, auch gegen den sogenannten inneren Feind. Dann sollten aber auch in erster Linie diejenigen die Lasten tragen, denen diese Einrichtungen hauptsächlich zu gute kommen. Das wäre Gerechtigkeit. **Die Tatsachen stehen aber damit im schärfsten Widerspruch.** Durch die **Zölle** und **indirekten Steuern auf die notwendigsten Lebensmittel werden die Lasten auf die Aermsten abgewälzt, mit Zustimmung des Centrums.** „Unser täglich Brot gib uns heute!" — so lehrt man Sie, geehrte Anwesende, beten, und diejenigen, die Sie dies beten lehren, verteuern ihnen zugleich das Brot. **Das ist die Gerechtigkeit des Centrums und seine christliche Politik. Man erzählt, daß Christus einst die Wucherer mit der Geißel aus dem Tempel von Jerusalem trieb; wenn heute ein Christus käme, er würde nicht die Sozialdemokraten,**

wohl aber die Centrumsleute zum Tempel, das heißt zum Reichstag, hinausjagen. (Stürmischer Beifall.)

Und nun sollen die Zölle auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse abermals gewaltig erhöht werden und das Centrum heißt diese Politik gut und rechtfertigt sie. Es hat dem Fleischbeschaugesetz zugestimmt, durch das die Einfuhr einer Reihe von Fleischsorten ganz und gar verboten wird, angeblich aus Rücksichten auf unsere Gesundheit, obwohl dieses angeblich „ungesunde" Fleisch den Ausländern ausgezeichnet bekommt. Wir müssen wohl recht schwache Magen haben. (Heiterkeit). Doch „Unser täglich Brot gib uns heute!"

Alle die Zölle und Steuern auf Getreide, Vieh, Fleisch, Zucker, Kaffee, Salz, Eier, Tabak, Branntwein, Petroleum u. s. w. sind Steuern, die in erster Linie der kleine Mann zu tragen hat. Dieser angeblich „gerechten" Steuerpolitik ist nun das Centrum sehr zugetan. Sind in einer Familie recht viele Kinder, so sagt der brave Centrumsmann: „Das ist Gottes Segen", aber um diesen Segen Gottes den Eltern recht fühlbar zu machen, verteuert er ihnen alle Lebensbedürfnisse. Und diese Steuern und Zölle treffen den Armen in dem Maße härter, je zahlreicher die Familie ist! Das ist die blutige Ungerechtigkeit dieses Steuersystems. Dazu kommt noch die Liebesgabenpolitik, durch die den Junkern und Agrariern für Branntweinbrennen und Zuckererzeugen Extra-Geschenke in Höhe von Dutzenden von Millionen Mark im Jahr in den Schoß geworfen werden. Aber dieselben Klassen, die sich durch eine solche Zoll- und Steuerpolitik die größten Vorteile sichern und die Lasten hauptsächlich auf die ärmeren Klassen abwälzen, rühmen sich dann ihres Patriotismus und ihrer Reichstreue. O, man kann leicht patriotisch sein und für ein Reich schwärmen, das in solcher Weise einem für den Geldbeutel sorgt. (Heiterkeit und Beifall.) Auch diese Politik ist allezeit vom Centrum lebhaft unterstützt worden.

* * *

Die Kirche als Dienerin des Klassenstaats.

In seiner Mannheimer Rede behauptete Herr Dr. Schädler weiter, die Kirche habe die Ketten der Sklaverei gebrochen und den Arbeiter zu einem freien gleichberechtigten Menschen gemacht. So viel Worte, so viel historische Unwahrheiten! Die Kirche hat die Sklaverei nicht gebrochen, sie hat es vielmehr stets meisterlich verstanden, sich den herrschenden ökonomischen und staatlichen Zuständen anzubequemen, und sie hat allezeit auf Seite der Herrschenden gestanden. Schon die Apostel wehrten sich gegen den Verdacht, sie wollten die Sklaven gegen ihre Herren aufwiegeln und die Sklaverei abschaffen. So sagt Paulus: „Sklaven, gehorchet Euren Herrn nach dem Fleisch mit Furcht und Zittern." Der heilige Augustin erklärt: Christus habe nicht Sklaven aus freien Menschen gemacht, sondern aus schlechten, gute Sklaven. Bis ins elfte Jahrhundert bestanden in dem Rom der Päpste Sklavenmärkte. Papst Clemens V. (1305—1314) erklärte für Recht: „Ketzer zu Sklaven zu machen." Nikolaus V. erlaubte durch eine Bulle vom 8. Januar 1454 „alle Sarazenen und Heiden in ewige Sklaverei zu bringen." Bonifacius VIII., Sixtus IV., Julius II. verhängten zur Strafe wegen Rebellion gegen die päpstliche Herrschaft über die betreffenden Städte und Provinzen die Sklaverei. Thomas von Aquino sagte: „Die Sklaverei ist in der Natur des Menschen begründet." Aber warum in die Ferne schweifen? Hat sich doch die Sklaverei bis in die jüngste Zeit

hinein in christlichen Ländern erhalten; in Nordamerika spielte sich erst vor 40 Jahren der große Sklavenbefreiungskrieg ab und dabei stand die Kirche beider Konfessionen nicht auf Seite der Befreier, sondern auf der Seite der Sklavenhalter. Im katholischen Brasilien wurde die Sklaverei erst vor 14 Jahren abgeschafft, nicht durch die Kirche, sondern gegen die Kirche. Wo die Sklaverei beseitigt wurde, geschah es nicht aus religiösen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen. Wer hat die Leibeigenschaft in Deutschland bekämpft? Die Kirche? Wer das behauptet, der lügt in seinen Hals hinein. Wer ist den hörigen und leibeigenen Bauern, als sie sich Ende des fünfzehnten und zu Anfang des sechszehnten Jahrhunderts und dann wieder im großen Bauernkrieg 1525 gegen geistliche und weltliche Herren erhoben — speziell auch hier in Franken — um das Joch der Leibeigenschaft und Hörigkeit abzuschütteln, entgegen getreten? **Die ganze Klerisei einschließlich Luthers und seines Anhanges** stand auf Seite der Herren **wider** die Bauern und half die Bewegung furchtbar blutig unterdrücken. Ganz speziell waren es die Bischöfe von Bamberg und Würzburg, die wider die Bauern waren und ihre Burgen dem Adel gegen die Bauern zur Verfügung stellten. (Bewegung.)

Und wie einst die Kirche für die Sklaverei, die Leibeigenschaft und die Hörigkeit eintrat, **so tritt sie heute für die Aufrechterhaltung des Lohnsystems und der kapitalistischen Wirtschaftsweise ein.** Sie betrachtet es als ihre Aufgabe, die Arbeiter zu einem willigen Werkzeug des Staats und des Unternehmers zu machen. (Beifall.)

Das ist die wirkliche Stellung, welche die Vertreter der Kirche in dieser Periode unserer historischen Entwickelung eingenommen haben. Und da redet man von den „Großtaten" der Kirche.

Das Centrum sucht z. B. die Arbeiter schon seit einer Reihe von Jahren gewerkschaftlich zu organisieren. Was hat es aber wirklich damit getan? Es hat die Religion in die gewerkschaftliche Bewegung getragen, speziell christliche Gewerkschaften gegründet, und die Arbeiter, die ohne Unterschied der Religion die gleichen Interessen haben, nach dem Glaubensbekenntnis zu trennen gesucht. Warum tut es das nicht bei den Unternehmern, die sich ohne Rücksicht auf die Konfession, gegen die Arbeiterbestrebungen vereinigen? — Ja, Bauer, das ist etwas anderes, die Unternehmer würden sich das nicht gefallen lassen, aber der Arbeiter läßt sich leider noch am Gängelbande führen, er könnte ja vom Teufel der Socialdemokratie angefaßt werden und Anschauungen gewinnen, die den Herren vom Centrum nicht gefallen. Die Kreuzzeitung hat es unverblümt ausgesprochen, aus welchen Gründen die christlichen Organisationen wünschenswert und aufs energischste zu unterstützen seien, nämlich in Rücksicht auf das divide et impera (teile und herrsche). Teilt, spaltet die Arbeiter, damit sie schwach sind und sie können umso leichter beherrscht werden. Hier ist deutlich ausgesprochen, was hinter der ganzen Bewegung steckt, und die katholischen Arbeiter sollten sich das hinter die Ohren schreiben. (Lebhafter Beifall).

Herr Schädler hat auch behauptet, die Kirche wolle, daß der Arbeiter einen auskömmlichen Lohn erhalte, der zum Unterhalt seiner Familie ausreiche. Der Papst hat ebenfalls in einer Encyklika erklärt, der Arbeiter habe Anspruch auf einen „gerechten Lohn". Es fragt sich nur: Was ist gerecht, was ist auskömmlich? Ist es ein Lohn von 1½, 2, 3, 4 oder mehr Mark? Darauf wird

weder Herr Schädler noch sonst jemand eine Antwort geben wollen, denn wenn er das klargestellt hätte, so hätte er sich blamiert. Hier in Bamberg soll eine große Spinnerei mit circa 2000 Arbeitern und Arbeiterinnen sein, und ich habe mir sagen lassen, daß dort der Lohn eines erwachsenen männlichen Arbeiters 1,40—1,50 Mk. pro Tag beträgt. Ist das etwa ein „auskömmlicher" Lohn? Nein, das ist ein elender Hungerlohn. (Lebhafter Beifall). Daß der Leiter des Unternehmens sogar Ehren-Mitglied eines katholischen Gesellenvereins ist, ändert nichts an dieser Tatsache. Was tut denn die Kirche, die hier in Bamberg so mächtig ist, um zu verhindern, daß die Arbeiter mit solchen Hungerlöhnen abgespeist werden? Sie kümmert sich überhaupt nicht um die Löhne, sucht aber die Arbeiter zufrieden zu halten. Wir verlangen nicht, daß die Kirche für die Arbeiter etwas tun soll, sie soll nichts weiter, als den Arbeitern die Freiheit lassen, ihre politischen und gewerkschaftlichen Angelegenheiten selbst zu ordnen, wie sie es für notwendig halten, und soll sich nicht zu ihrem Vormund auf werfen. Die Kirche kümmert sich aber leider um die Arbeiter viel zu viel und zwar einzig und allein, um sie in sklavischer Abhängigkeit von den Unternehmern zu erhalten. Das ist, was wir auf das entschiedenste bekämpfen. (Lebhafter Beifall.)

„Die Kirche habe die Arbeiter niemals belogen, betrogen und ausgebeutet, die Kirche sage aber auch den Arbeitern nicht, daß es besser werden könne, wenn alles auf den Kopf gestellt wird," meinte Herr Schädler weiter, und er will damit die Sozialdemokratie treffen. Das sind ungemein billige Redensarten. Wenn er unter „Auf-den-Kopf-stellen" die Revolution meint, so mag er sich sagen lassen, daß die Sozialdemokratie noch keine Revolution gemacht hat, wohl aber das Bürgertum.

Die große englische Revolution, die mit der Enthauptung Karls I. 1649 endete, die große französische Revolution von 1789—1795, in der Ludwig XVI. und Maria Antoinette ihre Häupter unter die Guillotine legen mußten, die Revolutionen von 1830 und 1848 und 1849, in die auch Deutschland gerissen wurde, waren ohne Ausnahme bürgerliche Revolutionen. Und es waren sehr wohltätige Revolutionen, denn ohne dieselben wären wir nicht, wo wir heute sind. (Lebhafter Beifall).

* * *

Das Ziel der Sozialdemokratie.

Wie ich schon sagte, wir wissen, daß man eine Wirtschaftsordnung nicht willkürlich ändern kann, sie muß aus der inneren Natur der Dinge heraus die Bedingungen zu ihrer Umgestaltung schaffen. Die Sozialdemokratie erkennt an: die kapitalistische Wirtschaftsweise hat ungeheuer viel für die Kultur getan, aber das Endresultat ist, daß ihre kolossalen Vorteile voll nur einer Minorität zu Gute kommen. Solcher Zustand ist ungerecht. Die Kulturerrungenschaften sollen allen zugänglich sein; alle sollen nach Maßgabe ihrer Kräfte und Fähigkeiten arbeiten, aber alle sollen auch an den Resultaten der gemeinsamen Arbeit vollen Anteil haben. Das ist nur möglich, wenn die gesamten Arbeitsmittel in Gemeineigentum übergeführt werden und an Stelle der Einzelwirtschaft, die Gesamtwirtschaft, der genossenschaftliche Betrieb im großen tritt, ausgestattet mit allen technischen und wissenschaftlichen Hilfsmitteln, über die man verfügen kann. Damit wird die Arbeit auf den höchsten

Grad der Leistungsfähigkeit, der Ertragsfähigkeit, gebracht und werden die Mittel geschaffen, die *allen* ermöglichen menschenwürdig zu leben.

Das ist mit wenigen Worten gesagt, das Ziel der Socialdemokratie und deswegen Räuber und Mörder. Es handelt sich also darum, einen Zustand herbeizuführen, ähnlich dem, wie er in den ersten Zeiten unserer Kultur in der alten Markgenossenschaft bestanden, als der Grund und Boden Gemeineigentum war. Einen ähnlichen Zustand herbeizuführen, *aber auf höchster Kulturstufe unter Anwendung all der Hilfsmittel, die eine jahrtausendelange Entwickelung uns verschaffte, das ist unser Streben.* Jeder soll arbeiten, aber auch essen, und keiner soll essen, der nicht arbeitet, obgleich er arbeiten kann. Wir wollen die Freiheit und Gleichheit, d. h. die gleichen Existenzbedingungen aller Menschen!" Ist das nicht ein edles Ziel? Wir wollen verwirklichen, was das Christentum bisher vergebens erstrebte. Alle Menschen seien Brüder und Schwestern. Und weil wir dieses schöne Ziel uns stecken, sind wir Verbrecher und Zerstörer aller Kultur! Nicht zerstören wollen wir, sondern umgestalten, damit die Kulturmittel auch den Aermsten zugänglich werden durch eine vernünftige Organisation der Arbeit und der menschlichen Gesellschaft. Die Vertreter der Kirche stehen uns gerade deshalb feindlich gegenüber und sehen in der Wiederherstellung des Gemeineigentums an Grund und Boden und an den Arbeitsmitteln die gefährlichsten und verabscheuungswürdigsten Bestrebungen. In den ersten Jahrhunderten des Christentums, als das kommunistische Eigentum unter den Völkern der damaligen Zeit noch vielfach vorhanden war und die Kirche sich noch ihrer eigenen Lehren von der Gemeinschaft aller Güter bewußt war, sprachen ihre Vertreter anders.

So sagte Bischof Clemens I. (gest. 102): „Der Gebrauch aller Dinge auf dieser Welt soll allen gemeinsam sein. Es ist eine Ungerechtigkeit zu sagen: Das ist mein eigen, das gehört mir, jenes dem andern. Von daher ist die Zwietracht unter die Menschen gekommen." Bischof Ambrosius von Meiland, der um 347 lebte, rief aus: Die Natur giebt alle Güter den Menschen gemeinsam; denn Gott hat alle Dinge geschaffen, damit der Genuß für alle gemeinschaftlich sei und damit die Erde zum gemeinschaftlichen Besitztum werde. Die Natur hat also das Recht der Gemeinschaft erzeugt und es ist nur die ungerechte Aneignung (Usurpativ), welche das Eigentumsrecht erzeugte." St. Johannes Chrisostomus (gest. 407) sagt in seinen Homilien: „Nenne Niemand etwas sein eigen; von Gott haben wir jegliches zum gemeinsamen Genuß empfangen und Mein und Dein sind Worte der Lüge." Der heilige Augustin (gest. 430) äußerte: „*Weil das individuelle Eigentumsrecht existiert, existieren auch die Prozesse, die Feindschaften, die Zwietracht, die Kriege, die Aufstände, die Sünden, die Ungerechtigkeiten, die Mordtaten.* Woher kommen alle diese Geißeln? Einzig von dem Eigentum. Enthalten wir uns also, meine Brüder, ein Ding als Eigentum zu besitzen, oder wenigstens enthalten wir uns, es zu lieben."

Keiner der Genannten hat besser als Augustin die Natur und das Wesen des Privateigentums erkannt und die bösen Wirkungen geschildert, deren Ursache es ist. Auch Papst Gregor der Große, um 600, äußerte: „Sie sollen es wissen, daß die Erde wovon sie ja herstammen und gemacht sind, allen Menschen gemeinschaftlich ist und daß daher die Früchte, welche die Erde erzeugt, allen ohne Unterschied gehören sollen."

Sie sehen, mehrere dieser Kirchengrößen waren ohne Ausnahme Kommunisten, die das für gerecht und vernünftig und als Gottes Gebot ansahen, was die heutigen Vertreter der Kirche auf das entschiedenste bekämpfen.

„Wir seien Feinde des christlichen Staates", wirft man uns weiter vor. Aber unser Staat ist kein christlicher, sondern ein *paritätischer* Staat, in

dem jeder glauben kann, was er will und der deshalb die Freiheit der religiösen Ueberzeugung als Staatsgrundgesetz proklamirt hat. Wäre der Staat ein christlicher Staat, so müßte er ganz anders regiert werden, als er regiert wird. Dieser Staat erkennt nicht an, daß alle Menschen Brüder sind, auch zwingt er den, der zwei Röcke hat, nicht dem einen zu geben der keinen hat. Das Zoll- und Steuersystem z. B. im deutschen Reich ist alles andere als christlich. Der Staat hat mit dem Christentum nichts zu tun, er ist die politische Organisation für die Interessen der herrschenden Klassen und hat sich also ausschließlich mit weltlichen Dingen zu befassen. Herr Schädler hat sodann neulich in Tuntenhausen gesagt: die Sozialdemokratie will die Entchristlichung der Schule. Die Schule soll allerdings nichts mit Religion und Kirche zu thun haben, denn sie ist eine weltliche Einrichtung, die vom Staat eingerichtet ist, damit seine Bürger das nötige Wissen bekommen, um im Kampfe um das Dasein besser gewappnet zu sein. Der Schulzwang ist die eine Seite der Staatspflichten, der Militärzwang die andere. Beide ergänzen sich gewissermaßen und beide sind rein staatliche bezw. gesellschaftliche Einrichtungen, die zu Religion und Kirche keine Beziehungen haben. Ginge es nach der Kirche, sie höbe den Schulzwang auf, der ihr verhaßt ist. Als in Belgien das katholische Ministerium das liberale verdrängte, war sein erster Schritt, daß es den Schulzwang aufhob und über 4000 Lehrer aufs Pflaster warf. Die Kirche will die Schulbildung nicht, damit die Massen nicht zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde und ihrer Klassenlage kommen. Der Sohn des armen Mannes soll dazu verurteilt sein, dem Reichen zu dienen und ewig ein armer Teufel zu bleiben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Schule und Kirche, Kirche und Staat nichts miteinander zu thun haben. Die Religion soll Privatsache eines jeden einzelnen und die Erhaltung der Kirche und ihrer Diener, Sache der Gläubigen sein, der Staat aber soll die vollkommenste Religionsfreiheit gewähren. Daß dieser Grundsatz für uns nicht nur in der Phrase existiert, haben wir bewiesen dadurch, daß wir stets für Aufhebung des Ausnahmegesetzes gegen die Jesuiten stimmten, obgleich sie unsere Todfeinde sind. Das Centrum hat uns nicht mit gleicher Münze bezahlt, ein großer Teil seiner Mitglieder stimmte wiederholt für das Sozialistengesetz. Mögen die Jesuiten kommen, wir werden ihnen entgegentreten, wie ich heute gern persönlich Herrn Schädler entgegengetreten wäre, der doch wohl auch so klug ist wie irgend ein Jesuit. (Große Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie ist allein und in Wahrheit die Partei der vollendeten Toleranz, der vollendeten Gerechtigkeit, und ich setze hinzu: die Partei der Brüderlichkeit. Wir wollen den Völkerbund, den Völkerfrieden. Wir treten für alle Maßnahmen ein, die geeignet sind, das Wohl der einzelnen, wie das der Gesamtheit zu heben und die Völker zu einigen. Wir kämpfen und protestieren gegen alles was geeignet ist, die Völker zu verhetzen, sowie dagegen, daß man die Kulturfortschritte dazu benützt, um die Mordwerkzeuge, durch die sich die Völker gegenseitig hinschlachten sollen, immer mehr zu vervollkommnen. Allen diesen kulturwidrigen Zuständen wollen wir ein Ende machen und darum unser Kämpfen und Streben, damit endlich die Sonne der Gleichheit, der Gerechtigkeit und der Brüderlichkeit über allen leuchte, die Menschenantlitz tragen. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

* * *

Anhang.

Die Sünden des Centrums.

Das Centrum ist der entschiedenste Anhänger der Schutzzollpolitik und ganz besonders hoher Zölle auf alle Lebensmittel, welche die Landwirtschaft erzeugt: Getreide aller Art, Vieh, Fleisch, Butter, Eier, Käse, Obst, Gemüse etc.

*

Das Centrum ist auch ein entschiedener Anhänger der indirekten Steuern, die eine Belastung der armen Volksklassen zu gunsten der wohlhabenden und reichen bedeuten.

Es bewilligte hohe Steuern auf Zucker, Bier, Branntwein, inländischen Tabak, Salz, „die Luxusartikel der großen Masse", wie einst Bismark sie nannte.

Die indirekten Steuern und Zölle brachten netto 1878: 235½ Millionen Mark, 1902 aber 819 Millionen Mark.

*

Die Zölle werden auf Grund des neuen Zolltarifs abermals einige hundert Millionen Mark mehr ergeben.

*

Das Centrum hat sich stets dagegen erklärt, eine Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer einzuführen; es will nicht, daß die wohlhabenden und reichen Leute durch solche direkte Steuern zu den Reichslasten herangezogen werden und dadurch empfinden, was die Erhaltung des Reichs, das in erster Linie ihr Reich ist, kostet.

*

Das Centrum ist auch Anhänger der sogenannten Liebesgabenpolitik. Es half die Branntweinsteuergesetzgebung schaffen, durch die den Branntweinbrennern jährlich 43 Millionen Mark Prämien aus den Taschen der Branntweinverbraucher zugeschanzt werden, namentlich den großen Brennern, die dadurch 10, 20, 30, 40 ja über 100 000 Mark profitieren.

Ebenso hat das Centrum die Ausfuhrprämien für Zucker gebilligt, wodurch den Zuckerfabriken — und die Inhaber derselben sind meist wohlhabende und reiche Leute — jährlich über 30 Millionen Mark auf Kosten der übrigen Reichsangehörigen zugebilligt wurden.

*

Das Centrum, das früher in der sogenannten Kulturkampfzeit Oppositionspartei war, ist heute regierungsfromm und so bewilligt es seit einer Reihe von Jahren alle Militär- und Marinevorlagen, die dem Reichstag vorgelegt wurden.

So im Jahre 1898 die erste große Flottenvorlage und im Jahre 1900 die zweite noch viel größere, die einen Kostenaufwand von 4355 Millionen Mark bis zum Jahre 1917 erfordert. Zwischendurch bewilligte es im Jahre 1899 die Militärvorlage, durch welche die Armee abermals um circa 20 000 Mann verstärkt wurde.

Da für die nächste Legislaturperiode des Reichstags abermals neue Militär- und Marinevorlagen angekündigt sind, muß angenommen werden, daß es auch diesen seine Zustimmung geben wird. Ebenso wird es alsdann die dazu nötig werdenden neuen Steuern bewilligen und sicherlich solche, die abermals die Schultern der ärmeren Klassen belasten.

*

Das Centrum ist auch die eifrigste Stütze der Kolonialpolitik, obgleich es selbst nicht bestreiten kann, daß die direkten Reichszuschüsse und die indirekten Ausgaben des Reichs für die Kolonien (Schiffsunterhaltungskosten etc.), viel größer sind als der Wert des Handelsverkehrs, den Deutschland mit seinen Kolonien hat. Auch ist die Zukunft der größten dieser Kolonien (Ostafrika und Südwestafrika) eine gänzlich aussichtslose.

*

Seit dem Jahre 1872 ist die Bevölkerung des deutschen Reichs von 42 Millionen auf 58 Millionen gewachsen. Die alte Wahlkreiseinteilung für den Reichstag besteht aber noch heute, so kommt es, daß wir auf der einen Seite Wahlkreise haben, die keine 100 000 Einwohner besitzen und auf der andern Seite solche die 2, 3, 4, 5 und über 600 000 Einwohner haben, wie z. B. der 6. Berliner Wahlkreis. Den Schaden von dieser ungerechten Wahlkreiseinteilung haben die Städte und Industriebezirke. Als im letzten Reichstag ein Antrag auf gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise zur Verhandlung kam, stimmte das Centrum einstimmig dagegen. Es will nicht das den Städten und Industriebezirken, die auch weitaus die meisten direkten und indirekten Steuern zahlen, ihr Recht wird.

*

Das Centrum hat sich zwar bisher für die Aufrechterhaltung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Stimmrechts im Reich ausgesprochen, weil es sonst seinen Einfluß im Reichstag verlieren würde, aber für die Ausdehnung dieses Stimmrechts auf die Einzelstaaten tut es nichts. In Preußen hilft es bis heute das elendste aller Wahlgesetze, das Dreiklassenwahlgesetz, aufrechterhalten. Von einer Bekämpfung merkt man nichts. In Bayern hat es sich erst nach Jahre langem Drängen durch die Sozialdemokratie im Landtage für dasselbe ausgesprochen. Es macht aber seine Zustimmung zu einem neuen Wahlgesetz in Bayern von einer ihm genehmen Einteilung der Wahlkreise abhängig, d. h. das platte Land soll bevorzugt werden.

*

Das Centrum hat lange unter Ausnahmegesetzen gestanden und teilweise bestehen dieselben heute noch, das hat aber eine große Anzahl Centrums-Abgeordnete nicht abgehalten, wiederholt für das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie (Sozialistengesetz) zu stimmen. So oft dessen Verlängerung in Frage kam, stimmten so viel Centrums-Abgeordnete dafür, daß dasselbe angenommen wurde.

*

Das Centrum nennt sich eine arbeiterfreundliche Partei. In Wahrheit ist ein großer Teil des Centrums, namentlich der Teil, der landwirtschaftliche Wahlkreise vertritt, ein stiller Gegner sozialreformischer Maßregeln. Das nötigt das Centrum in allen sozial-politischen Maßnahmen sehr gemäßigt zu sein und zwingt es zu einer Politik der Hinhaltung, des Eiertanzes.

Auch sucht es alle Schutzmaßregeln möglichst von dem Handwerk und der Hausindustrie fernzuhalten.

Aus dieser Zwitterstellung des Centrums heraus hat dasselbe allezeit die weitergehenden Anträge der Sozialdemokratie in Bezug auf den Arbeiterschutz — größerer Schutz der Frauenarbeit, der Kinderabeit, gesetzlicher Normalarbeitstag, Schutzmaßregeln für die in der Hausindustrie Beschäftigten — auf das entschiedenste abgelehnt.

*

Die Sozialdemokratie hat wiederholt Anträge und Gesetzentwürfe im Reichstag eingebracht, welche ein freies Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht für alle Arbeiter und Arbeiterinnen verlangten.

Das Centrum hat stets dagegen gestimmt und sich für viel weniger weitgehende Anträge entschieden.

*

Bei Beratung der letzten Gewerbe-Ordnungsnovelle (1899) brachten die Sozialdemokraten einen Antrag ein, der die Wirte gegen polizeiliche Chikanen schützen sollte, wenn sie ihre Lokale zu Vereins- und öffentlichen Versammlungen hergeben. Das Centrum stimmte gegen diesen Antrag.

*

Bei Beratung der Gewerbegerichts-Novelle (1900/1901) beantragten die Sozialdemokraten die Verpflichtung zur allgemeinen Einführung der Gewerbegrichte. Das Centrum stimmte dagegen.

Darauf beantragten die Sozialdemokraten, daß wenigstens in Orten mit über 10 000 Einw. ein Gewerbegericht bestehen solle. Auch dagegen erklärte sich das Centrum. Es stimmte dafür, daß erst in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern Gewerbegerichte errichtet werden.

*

Das Centrum stimmte auch gegen die weitergehenden Anträge der Sozialdemokraten zum Schutze des Personals in kaufmännischen Geschäften, welche die Einführung einer Ruhezeit von 12 Stunden und den 8 Uhr-Ladenschluß bezweckten.

*

Der Gewerkverein der christlichen Bergarbeiter petitionierte für Erhöhung der Unfallrenten und Verbesserung des Unfall-Vers.-Gesetzes. Das Centrum stimmte am 3. Mai 1900 gegen die Forderungen dieser Petition, die Sozialdemokraten stimmten dafür.

*

Der christliche Arbeiter-Verein Oberschlesiens petitionierte um die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in Bergwerken, Hütten und Fabriken. Dieser Antrag wurde vom Centrum am 27. April 1900 entschieden bekämpft, von den Sozialdemokraten unterstützt.

*

Der christlich-soziale Textilarbeiter-Verband in Eupen wünschte in einer Petition an den Reichstag:

1. Die tägliche Arbeitszeit in der Textilindustrie auf höchstens 10 Stunden, ausschließlich der Pausen, gesetzlich festzulegen;

2. die Mittagspause von 1 auf $1^1/_2$ Stunde zu verlängern;

3. die Nachtarbeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens gänzlich zu untersagen;

4. keinem Spinner, Weber u. s. w. zu gestatten, während der Mittagspause in der Fabrik zu bleiben, um irgend eine Arbeit zu verrichten;

5. die Errichtung von Gewerbegerichten in Städten von über 10 000 Einwohnern zur Pflicht zu machen;

6. die allgemeine Einführung von Arbeiterausschüssen vorzuschreiben.

Aehnliche Forderungen waren bereits ein Jahr vorher vom christlich-sozialen Arbeiterverein in Aachen und Burscheid und von den organisierten katholischen Textilarbeitern Südbayerns beim Reichstag eingegangen.

In der Petitionskommission stimmten die Mitglieder des Centrums gegen den Antrag auf Berücksichtigung

dieser Forderungen. Bei der Beratung im Plenum stellte dann der Abg. Dasbach den Antrag auf Berücksichtigung der Petition, änderte aber denselben kurz darauf wieder und stellte den abgeschwächten Antrag auf Erwägung bezw. Ueberweisung an die Regierung als Material.

Aber auch dieser abgeschwächte Antrag fand im Centrum nicht die nötige Unterstützung.

*

Die Sozialdemokraten hatten beantragt bei Beratung der Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz, daß die Invalidenrente schon gezahlt werden müsse, sobald der Arbeiter nur noch die Hälfte seines Lohnes verdienen könne, den er als gesunder Arbeiter hatte. Das Centrum stimmte gegen diesen Antrag und so blieb es bei einem Drittel.

*

Die Sozialdemokraten hatten bei der Novelle zum Unfall-Versicherungsgesetz beantragt, die Unfall-Versicherungs-Genossenschaften sollten die ganzen Unfallkosten vom ersten Tage des Unfalls an übernehmen, damit sie nicht mehr auf die Krankenkassen während der ersten 13 Wochen abgewälzt werden könnten.

Diese wie andere weiter gehende Anträge der Sozialdemokraten lehnte das Centrum ab.

*

Die Anträge auf Errichtung eines Reichsarbeitsamts, die neuerdings das Centrum im Reichstag in Form von Resolutionen einbrachte, haben die Sozialdemokraten schon seit dem Jahre 1884 wiederholt eingebracht und stets wurden sie vom Centrum bekämpft. Ebenso der sozialdemokratische Antrag auf Errichtung von Arbeitskammern.

*

Das Centrum ist aber auch bildungsfeindlich. Will der Arbeiter zu seinen Menschenrechten kommen, so muß er Wissen besitzen. Das Centrum ist in allen Staaten bemüht, das Wissen des Arbeiters auf der niedrigsten Stufe zu erhalten und ihm nur die dürftigste Schulbildung zukommen zu lassen.

In Bayern hat der Einfluß des Centrums es fertig gebracht, daß das 8. Schuljahr wegfiel und die Kinder schon mit 13 Jahren aus der Schule entlassen werden. Ueberall ist das Centrum gegen die obligatorische Einführung der Fortbildungsschulen, namentlich auf dem Lande.

*

Dagegen möchte es die Schule ganz unter den Einfluß der Kirche bringen, obgleich die Schule eine rein weltliche Anstalt ist.

Als im Jahre 1891/92 in Preußen der sogenannte Zedlitz'sche Schulgesetzentwurf im Landtag eingebracht wurde, der bezweckte, das Bildungsmaß der Schule noch herabzusetzen und den Einfluß der Geistlichkeit auf die Schule zu stärken, war das Centrum mit Feuer und Flamme dafür. Ja, ihm war sogar der Gesetzentwurf noch zu liberal. Bei der Beratung desselben äußerte sich der Führer des Centrums Peter Reichensperger also:

„Ich trage gar keine Bedenken, meine Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß allgemein für alle Volksschulen als obligatorische Lehrgegenstände nur hingestellt werden können, gründlicher Unterricht in der Religion, im Lesen, Schreiben und Rechnen, damit diese Materien ganz von dem Zögling aufgenommen werden . . . . . Nun sagt der § 5 der Vorlage, daß als allgemeine obligatorische für alle Volksschulen geltende Lehrgegenstände dienen sollen: vaterländische

Geschichte, Geographie, Naturkunde, Zeichnen! Nun, meine Herren, das sind alles recht schöne Dinge, aber sie sind meiner Ueberzeugung nach nicht blos ein überflüssiger Luxus, sondern sie tragen die allergrößten Gefahren für die Gesamtheit, für den Staat in ihrem Schoße. Ich frage ganz einfach, ob denn junge Leute, die bis zum vollendeten vierzehnten und fünfzehnten Lebensjahre mit allen diesen schönen Dingen traktiert worden sind, mit Zufriedenheit und innerer Befriedigung in den ihnen allein geöffneten Lebensweg eintreten können, als Ackerknecht oder Stallknecht, als Ziegenhirt oder Gänsehirt, als Lehrling und Fabrikarbeiter? Ich frage, meine Herren, ob diese jungen Leute mit Befriedigung, ja ohne Scham und Wut in solche Stellungen eintreten und ob sie sich nicht für viel zu gebildet und zu gut erachten, dergleichen Obliegenheiten auf sich zu nehmen."

Diese Rede ist nach der Grundanschauung gehalten: Je dümmer der Arbeiter ist, desto besser für die Unternehmer!

Hätte das Centrum die Macht, es beseitigte überhaupt den Schulzwang. Beweis dafür ist, daß sobald in Belgien ein katholisches Ministerium an's Ruder kam, dieses sofort **den Schulzwang beseitigte** und kurzerhand über 4000 Lehrer aufs Pflaster warf.

Auch gab es im Kirchenstaat, dessen Oberhaupt bis zum Untergang des Staats 1871 der Papst war, keinen Schulzwang. Die Masse der Bevölkerung im Kirchenstaat lebte in der größten Unwissenheit und in der äußersten Armut. In keinem Staate der Welt gab es mehr Bettler und Verbrecher als im Kirchenstaat und in dem in gleicher Weise regierten Königreich Neapel.

Das Centrum ist also sowohl auf wirtschaftspolitischem wie auf geistigem Gebiete der größte Feind des Arbeiters.

* * *

Die Verrohung im Centrum.

Es ist eine der beliebtesten, aber auch ungerechtfertigsten Anklagen, die das Centrum gegen die Sozialdemokratie erhebt: sie trage bei zur Verrohung der Massen.

Das Gegenteil ist wahr. Ueberall wo die Sozialdemokratie die Masse der Arbeiter zu ihren Anhängern zählt, ist der geistige und moralische Stand der Arbeiterklasse ein sehr hoher. Das erklärt sich auch sehr einfach. Die Sozialdemokratie erzieht den Arbeiter zu ernstem Denken und giebt ihm für sein Streben und seine Tätigkeit eine Reihe hoher Ideale.

Dagegen ist der Ton, in dem oft Centrumsgrößen über die Sozialdemokratie und überhaupt über das Streben nach menschlichem Fortschritt urteilen, **ein geradezu roher.** Das mögen folgende Beispiele beweisen:

Auf dem Ravensburger Katholikentag (Württemberg) äußerte der verstorbene Abgeordnete Lieber in einer Rede am 7. Juni 1892 über die Sozialdemokratie folgendes:

„Man sagt zwar, die „dummen Katholiken", aber der Erfolg hat noch immer das Gegenteil bewiesen, und so tun wir uns im Volksverein zusammen und so haben die Oberschwaben es schon getan, um diesen Sozialdemokraten mit aller Kraft und Deutlichkeit, **wenn es die Faust nicht tut, mit dem Absatz die Tür zu weisen.** (Bravo!)"

Diese Stelle der Lieber'schen Rede hat die „Schwäb. Tagwacht" vom 13. Oktober 1902 der Nr. 130, Jahrgang 1892, des deutschen Volksblatts, ein katholisches Blatt, entnommen.

Bei der Wahl von 1898 wurde in einem Wahlflugblatt der Centrumspartei aus einem Wahlkreise Bayerns gesagt:

Jeder sozialdemokratische Wähler verdient, daß man ihm die Haut herunterzieht und diese an ein Scheunentor nagelt.

Im Juli 1899 schrieb die in Mülhausen im Elsaß erscheinende „Oberelsässische Landes-Zeitung", deren Leiter ein katholischer Geistlicher ist, gegen die Sozialdemokratie und ihre Stellung zur Darwin'schen Abstammungslehre folgendes:

„Wer seinen Stolz darein setzt, ein hochentwickelter Affe zu sein und etwa sich noch höher entwickeln will, der werde Sozialdemokrat und lasse sich solche weise Reden vorpauken. Er muß es dann weit bringen. Unseren Bourgeois, Scharfmachern und den Sozialistengegnern würden wir dann auch dringendst empfehlen, wenn es sich bei der ganzen sozialen Frage nur um das unberechtigte und ungesunde Bestreben solcher Affen handelt, möge man einmal eine gute Portion dieser Schreier einfach totschlagen. Es sind dann weniger Eßmäuler da, ein Vorteil! — und weniger Hetz- und Schwarmgeister — ein gut Stück der sozialen Frage ist gelöst! Mit Affen wie mit anderem Getier macht man bekanntlich wenig Federlesens, sobald es einem unbequem wird. Das ist des Menschen Recht! Man benützt es, soweit es dienlich ist. Wird es unbequem oder gar gefährlich, dann weg damit! Zum Abdecker und auf den Schindanger! So gebührt's dem Vieh, auch dem hochentwickelten!"

Anfang November 1902 veröffentliche der katholische „Bayrische Bauer" folgende Probe seiner Duldung gegen anders Gläubige:

„Solche Burschen, welche lehren, daß es keinen Gott gibt, daß der Mensch vom Affen abstamme, sollte man um einen Kopf kürzer machen, mögen es nun Universitäts-Professoren oder andere Schulmeister sein. Aber anstatt solche Menschen unschädlich zu machen, gibt man ihnen noch hohe Gehälter. Die Fürsten bezahlen so ihre Mörder und züchten selbst ihre Königsmörder."

Warum diese blödsinnige Wut gegen die Gottesleugner? Der christliche Gott ist doch ein allmächtiger Gott, er kann sich also selbst helfen, wenn er will.

*

Ein anderes Beispiel von christlicher Duldung und Nächstenliebe enthält folgende Mitteilung aus dem Jahre 1902:

„Der in Temesvar residierende Bischof Dessewffy der Diözese Csanad hat am 26. v. M. ein vom 28. Juli d. J. datiertes päpstliches Breve veröffentlicht, in welchem die „treuen Christen" aufgefordert werden, für die Ausrottung der Ketzer zu beten. Das Breve, das den Titel führt: „Oratio pro exstirpatione haeresum", verheißt allen treuen Christen, die mit rechter Inbrunst für die Ausrottung der Ketzer beten, einen siebenjährigen Ablaß.

*

Ein drittes Beispiel von christlicher Duldung und Nächstenliebe veröffentlichte das katholische „Neue Münchner Tageblatt: gegen das Organ der Los-von-Rom-Bewegung „Die Wartburg". Es schrieb Mitte März 1902:

„Treibt er (Herr Lehmann. D. Red.) aber die Sache gar zu bunt, so soll ihn und seinen Zutreibern aus Sachsen und Oesterreich aufgespielt werden, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. Es gibt auch heute noch Bayern, welche ausländische Friedensbrecher und norddeutsche Strauchritter zum Tempel hinaushauen, wenn es nötig ist, mit Dreschflegeln und Mistgabeln."

*

Kann es eine rohere, gemeinere und unduldsamere Sprache geben, als sie in den hier zitierten Reden und Artikeln enthalten ist? Man zeige uns sozialdemokratische Redner oder sozialdemokratische Schriften, die Aehnliches gegen das Centrum sagten.

Eine Hauptgemeinheit gegen die Sozialdemokratie geht aus folgender Erklärung hervor, zu welcher der Verleumder von den Angegriffenen gezwungen wurde.

Erklärung:

Bei der vorjährigen Gewerbegerichts-Wahl in Kalk sind gegen die freien Gewerkschaften Flugblätter verbreitet worden, worin sich folgende Stellen fanden:

Christliche Arbeiter, Ihr seid vor die Wahl gestellt, wollt Ihr den Enkel eines Affen nach Mühlheim zum Gewerbegericht schicken oder einen Christlichen, der auf seine Menschenwürde hält? . . .

Der Beisitzer am Gewerbegericht muß schwören, daß er nach bestem Wissen und Gewissen urteile und richte. Wenn ein Sozialdemokrat den Schwur leistet, so ist es nur etwas Aeußerliches, aber kein Schwur, auf den Ihr Euch verlassen könnt. . . .

Umstürzler, Revolutionäre, blutdürstige Mordbuben sind die Sozialdemokraten: wollt Ihr die Kandidaten blutdürstender Revolutionäre wählen?

Gebt den Sozialdemokraten die richtige Antwort, keine Stimme für die Liebhaber stinkender Schweinereien! . . .

Alljährlich werden von zwei Millionen deutscher Arbeiter zehn Millionen Mark aufgebracht und was geschieht damit? 50 Führer erhalten je 10 000, 300 je 5000 M., 500 je 3000 M. usw. Das, deutsche Arbeiter, geschieht mit Eurem Gelde, und da hat die Sozialdemokratie die Unverfrorenheit, sich Arbeiterpartei zu nennen. Weg, Ihr Schmarotzer und Aussauger der Arbeiter.

Was sind die Sozialdemokraten in Kalk? Berufsmäßige Verbreiter von Verdächtigungen und Unwahrheiten! . . .

Der Vorwärts, die Hauptzeitung der Sozialdemokraten, schreibt:

„Und haut man die entmenschte Brut,
Millionenfach zu Brei,
Daß Henkersblut zum Himmel spritzt,
Dann bin ich auch dabei." . . .

Ein 1890 in Köln erschienenes Fachblatt bekennt:

„Die Schranken, die gezogen, müssen fallen,
Durch Blut und Trümmer laßt zum Ziel uns wallen,
Und selbst den Mord nicht scheuen, wenn's vonnöten."

Der Unterzeichnete bekennt sich als Verfasser und erklärt: *Ich gebe zu, daß die in obigen Sätzen enthaltenen Behauptungen der Grundlage entbehren und nehme die darin gegen die freien Gewerkschaften, ihr Wahlkomitee, ihre Kandidaten, besonders auch gegen die sozialdemokratische Partei gerichteten Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.*

Kalk, 1. Februar 1901. *Zilleſſen*, Kaplan.

* * *

Christliche Wohltäter.

Im Januar 1902 meldeten die Zeitungen *folgendes*:

Verhungert.

Der *geistesschwache* 20jährige Max Graf aus dem *Pfarrdorfe Neukirchen* bei *Schwandorf* (Oberpfalz) war lange Jahre in der Anstalt Reichenbach untergebracht. Obwohl nun Neukirchen die reichste Gemeinde des Bezirksamts ist und nur wohlhabende Bauern hat, war diesen der zu zahlende jährliche Unterhaltungsbeitrag von 200 Mark zu hoch, weshalb der arme Mensch

nach Hause befördert wurde. Daheim wurde er seinem Schicksal überlassen Keine Lagerstätte, kein Holz wurde dem im Armenhause Untergebrachten zur Verfügung gestellt. Niemand hat sich um den Unglücklichen gekümmert, der vorige Woche tot in einem Winkel des Armenhauses aufgefunden wurde. Die Beerdigung war bereits festgesetzt, als Anzeige bei der Gendarmerie erfolgte. Die durch eine Gerichtskommission betätigte Untersuchung und Obduktion der Leiche ergab als Ursache des Todes: „Verhungert". Der Magen war leer, in den Gedärmen fanden sich Ueberreste von Tuch und Getreidekörnern. Die Beine waren erfroren, der bis zum Skelett abgemagerte Körper voll von Ungeziefer. Von dem Schreien des Armen in den letzten Tagen hat niemand Notiz genommen. Die Gemeinde liegt in einer der sichersten Domänen der bayerischen Centrumspatrioten. Ihr Bürgermeister ist der frühere Centrumsabgeordnete Lautenschläger. — Er wurde später nur zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

* * *

Wenige Monate nach dem erwähnten Vorfall berichteten die Zeitungen folgende Tatsache aus dem bischöflichen Sprengel, in dem Domherr Dr. Schädler tätig ist:

Ein Opfer des Katholikentags.

Zu Niedermirsberg in der fränkischen Schweiz, nahe bei Bamberg, ist, während der Vorstand der Armenpflege auf dem Katholikentag in Mannheim weilte, eine siebzigjährige Armenhäuslerin verhungert Die mit der Pflege beauftragte Gemeindedienersfrau konnte wegen Teilnahme an dem Missionsfeste in Forchheim ihr Amt nicht versehen. Der Tod ist mindestens 24 Stunden vor Auffindung des grauenhaft verwahrlosten Körpers eingetreten."

So werden von Leuten, die sich der Sozialdemokratie gegenüber hoch erhaben dünken, die einfachsten Pflichten der Menschlichkeit mit Füßen getreten.

In einem sozialdemokratischen Gemeinwesen wären solche Vorgänge unmöglich.

Christliche Barmherzigkeit!

Im Oktober 1902 machte folgende Mitteilung durch die Presse die Runde:

Auf dem Gute eines frommen Herrn, des Erzbischofs **von** Olmütz, wurde von Arbeitern Reisig im Walde gesammelt. Seine Excellenz der geheime Rat Erzbischof Theodor Kohn fühlte sich dadurch bestohlen. Eingedenk der großen Bibelworte: „Wenn du dein Land einerntest, sollst du es nicht an den Enden umher abschneiden, auch nicht alles genau absammeln! Also auch sollst du deinen Weinberg nicht genau lesen, sondern dem Armen und Fremdling sollst du es lassen, denn ich bin der Herr, euer Gott", erstattete die Verwaltung des hohen geistlichen Herrn mit tunlichster Beschleunigung die Strafanzeige an das Bezirksgericht in Walachisch-Meseritsch. Die Sünder wurden mit Arreststrafen bedacht. Gestern aber meldeten Telegramme aus Neutitschein, das Kreisgericht habe diese Urteile aufgehoben und die „Holzdiebe" freigesprochen, weil „sie sich mit einem Taglohn von nur elf Kreuzern in großer Notlage befanden und gemäß alteingewurzelten Anschauungen das Sammeln von kleinen Holzabfällen als ihr Recht betrachten konnten".

Der Erzbischof Kohn, welcher der reichste Kirchenfürst Oesterreichs ist, **hat ein jährliches Einkommen von 1 400 000 Mark oder 3835 Mark pro Tag.** Und dieser steinreiche Kirchenfürst läßt arme Arbeiter gerichtlich verfolgen, die ein bischen Leseholz gesammelt hatten und im Tag sage und schreibe elf Kreuzer = 36 Pfennige verdienten.

Was würde Christus sagen, wenn er diejenigen sähe, die sich anmaßen in seinem Namen zu lehren?

Wie heißt es Matthäus 19, V. 21: Willst du vollkommen sein, so gehe hin, verkaufe alles was du hast und gieb's den Armen, so wirst du einen Schatz im Himmel haben.

Und Matthäus 19, V. 24: Es ist leichter, daß ein Kameel durch ein Nadelör gehe, denn daß ein Reicher in's Reich Gottes komme.

Und Lukas 12, V. 33 u. 34: Verkaufet was Ihr habt und gebt Almosen. Machet euch Säckel, die nicht veralten, einen Schatz, der nimmer abnimmt, im Himmel, da kein Dieb zukommt und den keine Motten fressen.

„Denn wo euer Schatz ist, da wird auch euer Herz sein."

Der Erzbischof von Olmütz hat noch viele tausend christlicher Brüder, die gleich ihm handeln. Aber auch die Kirche sammelt Schätze über Schätze.

Wir haben keine Kenntnis wie hoch sich der Reichtum der Kirchen und Klöster in Deutschland beläuft, aber über diese Verhältnisse in den katholischen Nachbarstaaten haben wir einigermaßen Kenntnis und diese zeigen uns folgendes:

In Oesterreich betrug das Vermögen der Kirche: 1886: 274 Millionen Gulden, 1890: 333 Millionen Gulden, 1895: 398 Millionen Gulden.

Es ist also in dem kurzen Zeitraum von 15 Jahren um die Riesensumme von 124 Millionen Gulden gewachsen, was beweist, daß die Kirche ihre Pflichten gegen die Armen und Elenden, wie gegen die eigene schlecht bezahlte niedere Geistlichkeit schwer vernachlässigt hat.

Von den über 28 Millionen Gulden, welche die Kirche in Oesterreich jährlich Einnahmen hat, verwendet sie rund 16 628 000 Gulden und erspart 11535000 Gulden. Und wie viel Not und Elend gibt es in Oesterreich zu steuern.

In Belgien haben die geistlichen Ordensgesellschaften und religiösen Kongregationen in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts an Macht und Einfluß sehr gewonnen. Während es im Jahre 1846 in Belgien 779 Klöster mit nahezu 12 000 tätigen Mitgliedern gab, zählte man 1900 nicht weniger als 2225 Klöster mit 37 700 Ordensangehörigen. Der Gesamtwert der den Klosterleuten gehörigen, von ihnen bewohnten oder vermieteten Gebäude beläuft sich auf ca. 730 Mill. Fr.; der Versicherungswert der inneren Einrichtung, der Kultusgeräte, des Mobiliars usw. beträgt 365 Millionen Frank, so daß das den katholischen Ordensgesellschaften gehörige Eigentum dieser Art eine Gesamtsumme von 1035 Millionen Frank repräsentiert. Hiermit ist aber der Besitz der geistlichen Orden noch keineswegs erschöpft. Landgüter, Wälder, Weiden, Werkstätten, Geschäftshäuser, Hotels, die von Mittelspersonen bewirtschaftet bezw. betrieben werden, sind Eigentum der Kongregationen, deren wirklicher Eigentumsbesitz daher den buchmäßig nachweisbaren Bestand noch sehr erheblich übersteigt.

Wie verträgt sich diese ungeheure Reichtumsansammlung der Geistlichen und der Kirche mit Christi Geboten?

* * *

Mißhandlung von Kindern durch Nonnen.

Die grauenhaften Vorgänge, die in den letzten Jahren aus den **Klöstern zum guten Hirten** und aus anderen Klöstern in Frankreich bekannt geworden sind, zeigen welcher **Barbarei** zuweilen diejenigen fähig sind, die in besonderem Maße mit ihrer Religion sich brüsten.

So brachte der sozialistische Abgeordnete Fourniere in der französischen Kammer folgende Tatsachen zur Sprache, die sich im Kloster „**Zum guten Hirten**" und seinen Zweiganstalten zugetragen hatten.

. . . Die jungen Mädchen erhielten bei ihrer Entlassung aus den Klöstern zum guten Hirten keinen Lohn. Man drängt sie dazu, in öffentliche Häuser einzutreten. (Stürmische Protestrufe auf der Rechten.) Das hat der Bischof von Nancy in seinem Briefe gesagt. Er hat auch beigefügt, daß die Waisenmädchen in den Klöstern nur für Courtisanen arbeiteten . . . Es ist ständiger Brauch in allen Häusern zum guten Hirten, die Mädchen ohne Kreuzer Geld auf die Straße zu setzen, sobald sie ihre Gesundheit ruiniert haben. Wenn sie das Arbeitspensum, das ihnen die Schwestern zuweisen, nicht bewältigen können, werden sie eingesperrt und auf Wasser und Brot gesetzt. Die Mißhandlungen der Mädchen spotten jeder Beschreibung. Man stopft ihnen nasse Fetzen in den Mund, damit sie nicht schreien können. Eine Schwester hat ein Kind gezwungen, ein in Urin getauchtes Stück Brot zu essen, wobei sie sagte: „Da, friß deinen Dreck".

Im Sacré-Coeur von Conflans macht man die Peitsche vor der Züchtigung naß, damit die Hiebe schmerzhafter werden. Eine junge Frau hat erzählt, daß sie vierzehn Tage den Kopf in einem Sack tragen mußte, der nur abgenommen wurde, wenn sie zu essen bekam. Den Kindern wurde dort immer am Abend angekündigt, wie viel Stockschläge sie am nächsten Morgen bekommen würden.

In Angers lassen die Schwestern die kleineren Mädchen von den größeren peitschen. Die Sterblichkeit in dem dortigen Kloster ist sehr groß.

Im Kloster von Aunonay hielten die Kinder einmal eine neuntägige Andacht, weil sie hofften, daß Gott sie dann von ihren Leiden durch den Tod erlösen würde.

Im Kloster von Nancy starben in einem Jahre elf Kinder. Als der Arzt eines Tages einer Kranken ein bestimmtes Medikament verschrieb, meinte eine Schwester: „Diese Medizin ist zu teuer."

Aus dem Waisenhaus in Orleans ist kürzlich ein Kind entflohen, um von den Schwestern nicht mehr mißhandelt zu werden. Die Lieblingsstrafen dieser Schwestern sind Knebelung und Fesselung. Sechs- bis achtjährige Kinder werden mit Nesseln auf das Gesäß geschlagen.

Im Koster von Mouranges brach im Jahre 1887 eine Masernepidemie aus. Die Kinder wurden so schlecht gepflegt, daß von hundert nur sechs mit dem Leben davonkamen. Eine Schwester namens Maria gab einem Kind einen so heftigen Fußtritt, daß ihm die Harnblase platzte. Das Kind starb unter gräßlichen Schmerzen."

Es muß anerkannt werden, daß es der Bischof Turinaz von Nancy war, der auf Grund der Inspektionen, die er vorzunehmen hatte, hinter die Barbareien kam. **Der Bischof denunzierte die Nonnen beim Papste in Rom schon Mitte der neunziger Jahre, es wurde ihm aber von dort befohlen zu schweigen.** Als dann der oben erwähnte sozialistische Abgeordnete die Angelegenheit in der Kammer zur Sprache brachte, wurden behördliche und gerichtliche Untersuchungen angestellt, welche die **volle Wahrheit der behaupteten Barbareien ergaben**, ja noch eine

Reihe viel schlimmerer Schändlichkeiten ans Tageslicht brachten, die bis in die letzte Zeit die französischen Gerichte beschäftigten.

Besonders bemerkenswert ist, daß dem Bischof Turinaz von Nancy auffiel, daß die Schwestern zum „guten Hirten" prächtige Bauten aufführten und er in dem ihm alljährlich vorgelegten Budget des Klosters nirgends die Mittel dazu verzeichnet fand.

Er ließ das Budget durch eine besondere Kommission prüfen, und diese fand, daß die dem Bischof vorgelegte Abrechnung falsch war. Der Bischof forschte weiter, und es stellte sich heraus, daß die Arbeit der jungen Mädchen das Kloster bereichere. Er fand auch, wie er sich ausdrückte, „daß im ganzen Lande kein Arbeitgeber so gottlos ist, seine Arbeiter und Arbeiterinnen so auszubeuten, wie die Nonnen die Mädchen behandeln, an denen sie angeblich ein Werk der Wohltätigkeit verrichten." Der „gute Hirte" hat 221 Anstalten, in denen außer 7000 Nonnen oder Schwestern 48 000 Arbeiterinnen beschäftigt sind. Ist die schlechte Behandlung der Arbeiterinnen überall die gleiche? Auf diese Frage antwortet der Bischof: „Diese Verbrechen werden sicher in allen Häusern des „guten Hirten" verübt; der klare Beweis dafür liegt darin, daß trotz aller meiner Klagen die Provinzialin und die Generalsuperiorin das Verhalten ihrer Schwestern von Nancy verteidigen und billigen."

Aehnliche Mißbräuche, ja noch weit schlimmere als in Nancy, sind in dem Kloster Notre Dame de Charité in Tours aufgedeckt worden. Es kamen wahrhaft haarsträubende Tatsachen an den Tag über die Behandlung der armen Kinder.

Auch in Belgien sind wiederholt öffentlich Erörterungen gepflogen worden, aus denen hervorging, daß die Kinder in den Klöstern mit Arbeiten überbürdet und in der schamlosesten Weise im Interesse der Klöster ausgebeutet wurden.

Der belgische Klerikalismus ist auch ein abgesagter Feind der Schutzgesetze für Kinder, Arbeiterinnen und Arbeiter, die er bisher in der belgischen Kammer nach Kräften zu hintertreiben suchte, was er aber durch die Sozialisten zuzulassen gezwungen wurde, ist im höchsten Grade unzulänglich.

Auch in Deutschland werden in zahlreichen Klöstern in Südwest-Deutschland und am Rhein durch Nonnen weibliche Arbeiten — Wäsche ꝛc. — zu wahren Schleuderpreisen an die betreffenden kaufmännischen Geschäfte, auch solche die jüdische Inhaber besitzen, geliefert und sind infolge dieser Konkurrenz in den letzten Jahren viele hunderte armer Wittwen und Frauen arbeitslos geworden. Allwöchentlich kommt eine der Nonnen an einem bestimmten Tage in die Geschäfte z. B. auch in Frankfurt a. M. und nimmt das Sündengeld in Empfang.

Die katholischen Arbeiter haben gleich allen andern Arbeitern das allerlebhafteste Interesse, daß Zuständen wie den geschilderten so rasch als möglich ein Ende bereitet wird. Das beste Mittel dazu ist die Wahl von Sozialdemokraten in die Vertretungskörper.

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.